

Die deutsche Einheit als Beitrag zu einem System gesamteuropäischer Sicherheit.

Hans-Dietrich Genschers Handschrift im Prozess der deutschen Einigung 1989/90.

Teil 1

Wer über Liberale und das Ende des Kalten Krieges nachdenkt, landet zwangsläufig bei Hans-Dietrich Genscher (FDP), dem am längsten amtierenden deutschen Außenminister (1974–1992). Zusammen mit Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), mit dem ihn eine lange, von Spannungen freilich nicht freie Freundschaft verband, gilt Genscher als einer der wichtigsten „Väter der deutschen Einheit“. Doch worin genau bestand Genschers spezifischer Beitrag im komplexen Prozess der deutschen Vereinigung 1989/90, wo hinterließ er eine spezifisch liberale Handschrift?

Eine Antwort auf diese Fragen, die auch in der reichen Memoiren- und Forschungsliteratur¹ erörtert werden, will der vorliegende Artikel in fünf Schritten ergründen: Zunächst soll auf Genschers Rolle bei der Schlüsselfrage einer Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der westlichen Allianz fokussiert werden, insbesondere als im Frühjahr 1990 die wichtigsten Weichen des staatlichen Einigungsprozesses gestellt wurden. Im zweiten Abschnitt soll skizziert werden, wie Genschers Politik entscheidend mithalf, durch intensive Kontaktpflege und umfassende Konsultationen die teils massiven Vorbehalte im Ausland abzubauen und die Nachbarn (im engeren und weiteren Sinne) durch konsequente Multilateralisierung aktiv und konstruktiv in den internationalen Prozess der deutschen Einigung einzubinden. Als ein international wie koalitionspolitisch besonders dorniges Feld erwies sich

1 Vgl. insbesondere Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin 1991; Richard Kiessler/Frank Elbe: Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. Baden-Baden 1993; Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995; Philip Zelikow/Condoleezza Rice: Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft. Cambridge/London 1995; Werner Weidenfeld: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90. Stuttgart 1998; Andreas Rödder: Deutschland, einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009; Mary E. Sarotte: 1989. The Struggle to Create Post-Cold War Europe. Princeton 2009; Gerhard A. Ritter: Hans-Dietrich Genscher, das Auswärtige Amt und die deutsche Vereinigung. München 2013 sowie jüngst Kristina Spohr: Wendezeit. Die Neuordnung der Welt nach 1989. München 2019.

drittens die Frage der polnischen Westgrenze, auf deren rasche und über jeden Zweifel erhabene Anerkennung Genscher konsequent hinwirkte. Nicht minder engagiert war Genscher viertens im hochkomplexen Feld der Abrüstung. Die gerade in diesem Bereich erzielten Durchbrüche ermöglichten – neben wirtschaftlichen und finanziellen Hilfen – der UdSSR, der lange strikt abgelehnten NATO-Mitgliedschaft ganz Deutschlands zuzustimmen. Abschließend soll auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) geblickt werden, der Genschers Diplomatie eine besondere Bedeutung zuwies, um gemeinsam mit dem bisherigen Gegner, der gewandelten Sowjetunion, ein gesamteuropäisches System gemeinsamer Sicherheit aufzubauen.

I. Der Verbleib des geeinten Deutschlands in der westlichen Allianz

„Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise...“ Jeder kennt diesen durch Beifallsjubiläum unvollendet gebliebenen Satz, mit dem Außenminister Genscher am 30. September 1989 die über 3000 Flüchtlinge aus der DDR in der hoffnungslos überlaufenen Botschaft in Prag über ihre Ausreise in die Bundesrepublik unterrichtete. Die bis heute emotional aufwühlende Szene hat ikonographischen Charakter und ist tief ins kollektive Gedächtnis der Deutschen eingegraben. Genscher selbst hat diese Stunden in Prag als die bewegendsten seines langen Politikerlebens bezeichnet. Durch intensive Gespräche mit seinen Amtskollegen aus der DDR, der ČSSR und vor allem der UdSSR am Rande der UNO-Generalversammlung in New York hatte Genscher in den Tagen zuvor an dieser Lösung des DDR-Flüchtlingsproblems mitgewirkt;² sein medienwirksamer Auftritt in Prag verdeckte indes den gewichtigen Anteil des für Deutschlandpolitik hauptverantwortlichen Bundeskanzleramts.

Schon durch seine öffentlich gern akzentuierte Herkunft aus Sachsen-Anhalt verkörperte Genscher für viele in Ost wie West besonders glaubwürdig den Willen zur nationalen Einheit.³ In Kohls Kanzleramt dagegen hegte man

2 Vgl. Heike Amos/Tim Geiger: Einleitung. In: Die Einheit. Das Auswärtige Amt, das DDR-Außenministerium und der Zwei-plus-Vier-Prozess. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. von dens. Göttingen 2015, S. 14 f.; für Genschers Gespräche in New York vgl. ebd., Dok. 7 und 8, S. 97–101, bzw. Andreas Hilger (Hrsg.): Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amts zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90. München 2011, Dok. 5, S. 36–39. Für Genschers vollständige Ansprache in Prag am 30.9.1989 vgl. https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Forschung/AA/AA_Dokumente/012-ZD%20A_1989-09-30_Transkript%20Prag-Rede%20Genschers.pdf.

3 Jean François-Poncet: Ein Ausnahmeminister. In: Klaus Kinkel (Hrsg.): In der Verantwortung. Hans-Dietrich Genscher zum Siebzigsten. Berlin 1997, S. 65. Zu Genschers besonderer Wertschätzung in der DDR-Bevölkerung vgl. die Vermerke vom 9.3. bzw. 25.5.1990. In:

den Verdacht, der überzeugte Entspannungsverfechter vermeide es, deutschlandpolitisch die DDR zu bedrängen und die Sowjetunion zu erzürnen. Darum hatte der Außenminister 1987 beim Honecker-Besucher in Bonn Kohls live in der DDR übertragene Tischrede bewusst nicht vorab erhalten, weil man annahm, Genscher lehne die klare Kritik am SED-Regime ab.⁴ Tatsächlich äußerte er intern, Wiedervereinigungsideen seien Spekulationen, die wegen ihrer unabsehbaren Wirkungen letztlich deutschen Interessen zuwider laufen würden.⁵ 1989 hielt sich Genscher mit demonstrativen Forderungen nach aktiver Wiedervereinigungspolitik zunächst zurück. Während der Bundeskanzler in West-Berlin am Tag nach dem Mauerfall bereits klar das Ziel der nationalen Einheit benannte, vermied der Außenminister „sorgfältig jedes Wort von Wiedervereinigung“.⁶ Ängste und Sensibilitäten des Auslands vor einem wiedererstarkten Deutschland waren Genscher allzu bewusst; so versicherte er dem internationalen Publikum beruhigend den Friedens- und Integrationswillen der Deutschen: „Von Deutschen in Freiheit, von Deutschen in Demokratie ist noch nie eine Gefahr für die anderen Völker ausgegangen.“⁷

Kohl dagegen setzte das Thema deutsche Einheit mit dem Zehn-Punkte-Programm am 28. November 1989 demonstrativ auf die internationale Agenda – zum Missfallen selbst enger Verbündeter, die so wenig wie der Koalitionspartner vorab unterrichtet worden waren. Die Resonanz auf dieses auch parteipolitisch bedingte unilaterale Vorpreschen war international fast durchweg negativ.⁸ Privatissime lobte Genscher zwar Kohls Rede,⁹ hielt sich öffentlich aber demonstrativ zurück, während seine Partei, voran der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff, bald in den Kritikerchor einstimmte, da

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PA/AA), B 224 (Ref. 412), Bd. 168569 und 168578.

4 Vgl. Stefan Eisel: Helmut Kohl. Nahaufnahme. Bonn 2010, S. 99. Zu den Tischreden vgl. https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0252_bon_de.pdf.

5 Frank Lambach (Leiter des mit Deutschlandpolitik befassten Referats 210 im Auswärtigen Amt): Streifzüge durch ein Leben im diplomatischen Dienst. 2. Aufl. Berlin 2012, S. 107 f.; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1988. Bearb. von Michael Ploetz, Matthias Peter und Jens Jost Hofmann. München 2019, Dok. 27, S. 166.

6 Vernon Walters: Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Die Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters. Berlin 1994, S. 86; ebenso Teltschik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 20. Für Kohls und Genschers Reden vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.): Umbruch in Europa. Die Ereignisse im 2. Halbjahr 1989. Eine Dokumentation. Bonn 1990, S. 81–85.

7 Rede vor dem Schöneberger Rathaus, 10.11.1989. In: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Umbruch (wie Anm. 6), S. 82.

8 Vgl. die Aufzeichnung v. Lambach, 1.12.1989. In: Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 25, S. 147–153; Aufzeichnung des Ministerialdirektors (MD) Teltschik, 30.11.1989. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998, Dok. 102, S. 574–577.

9 Vgl. Theo Waigel: Ehrlichkeit ist eine Währung. Erinnerungen. 4. Aufl., Berlin 2019, S. 134.

klärungsbedürftige Punkte wie die Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze ungenannt geblieben seien.¹⁰

Die Wogen, die Kohl international auslöste, musste Genscher glätten. Vergleichsweise unproblematisch verliefen seine Gespräche am Folgetag in Großbritannien, weil Premierministerin Margret Thatcher, die (anders als ihre Regierung) der deutschen Einheit bis zuletzt ablehnend gegenüberstand, über Kohls Rede noch nicht voll im Bilde war.¹¹

Die anschließenden Gespräche in Paris waren deutlich komplizierter: Die französische Regierung zweifelte ernsthaft am weiteren Integrationswillen der Bundesrepublik, da Bonn die aus Pariser Sicht so zentrale – da nicht zuletzt der weiteren Einhegung der Deutschen dienende – Realisierung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) verzögerte. Im Juni 1989 war diese beim Europäischen Rat in Madrid beschlossen worden, drohte aber wegen fortdauernder deutsch-französischer Differenzen, die in unterschiedlichen Wirtschaftsphilosophien und nationalen Interessen gründeten, wie frühere Anläufe zu scheitern. Dieser Konflikt gewann explosive Brisanz durch Bonns vermeintliche Wendung ins Nationale, die Paris auch hinter dem deutschen Stopp für das unterschrittsreife Schengen-Durchführungsabkommen zu erkennen glaubte, mit dem alle Binnengrenzkontrollen zwischen den Teilnehmerstaaten entfallen wären.¹²

Präsident François Mitterrand jedenfalls sah die Bundesrepublik, wie er Genscher eindringlich darlegte, am Scheideweg: Westdeutschland müsse wählen, ob es weiter im Verbund mit Frankreich bei der Integration (West-)Europas voranschreite oder den nationalen Alleingang wähle. Letzteres führe zwangsläufig zu einem Rückfall in die Lage von 1913 – und werde dann in einer französisch-sowjetischen Allianz münden.¹³ Genscher versicherte, die Bundesrepublik werde aus tiefer innerer, parteienübergreifend geteilter Überzeugung bei ihrer bewährten Politik der Westintegration bleiben: „Unsere Zukunft liege in Europa. Sie liege nicht zwischen Ost und West.

10 Vgl. Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle. 2. Aufl. Bonn 2003, S. 124; Hans-Dieter Heumann: Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie. Paderborn u.a. 2012, S. 228 f.

11 Vgl. Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 10, S. 49–55; AAPD 1989. Bearb. von Daniela Taschler und Tim Szatkowski. Berlin/Boston 2020, Dok. 388, S. 1650–1652, u. Ritter: Genscher (wie Anm. 1), S. 42.

12 Vgl. Rödder: Deutschland, einig Vaterland (wie Anm. 1), S. 264–267; zum Schengen-Aspekt vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 36, S. 200 sowie AAPD 1989 (wie Anm. 11), Dok. 414, S. 1771–1773. Zu Frankreichs Haltung grundlegend Frédéric Bozo: Mitterrand, the End of the Cold War, and German Unification. New York/Oxford 2009.

13 Vgl. Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 11, insbesondere S. 58 f.; Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 678–680. Genscher hielt die Unterredung für sein wichtigstes Gespräch mit Mitterrand.

Sonst wären 40 Jahre Politik nutzlos gewesen.“¹⁴ Ebenso eindeutig stellte er in Aussicht, dass die Bundesregierung in zehn Tagen beim EG-Gipfel in Straßburg in der strittigen WWU-Frage am Ende auf Frankreichs Seite stehen und für eine Vertiefung der Integration optieren werde. Diese Zusage konnte Genscher umso überzeugter geben, da er selbst 1988 mit seinem „Memorandum für die Schaffung eines europäischen Währungsraumes und einer europäischen Zentralbank“ einen wesentlichen Impuls für den Neuanlauf zu einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gegeben hatte.¹⁵ Die Bundesregierung lehnte die WWU auch nie grundsätzlich ab, aber hatte entsprechende Fortschritte bislang an die parallele Weiterentwicklung der wiederum von Paris dilatorisch behandelten Politischen Union zu koppeln versucht. Dass die Bundesregierung nun dieses Junktim, das Frankreich als reine Verzögerungstaktik wertete, fallen ließ und so beim Europäischen Rat in Straßburg am 8./9. Dezember 1989 ein konkreter Zeitplan für die Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen wurde, dürfte mit auf Genschers Wirken zurückzuführen sein. Gegenüber Mitterrand und dem französischen Außenminister Roland Dumas hatte er zudem unterstrichen, dass eine Vereinigung beider deutscher Staaten die übrigen Grenzen in Europa nicht in Frage stelle; das gelte besonders für Polens Westgrenze.¹⁶

Noch weit spannungsgeladener verlief Genschers Moskau-Visite am 5. Dezember. Die sowjetische Führung tobte. Gorbatschow warf der Bundesregierung – nicht Genscher, umso mehr aber dem Kanzler – Revanchismus, Aggression gegenüber der DDR, Großmannssucht und unverantwortliches Agieren vor: „Es werde Explosionsstoff ins Feuer geworfen“.¹⁷ Höchst loyal verteidigte Genscher Kohl und dessen Zehn-Punkte-Plan; dieser sei kein Ultimatum an die DDR, sondern biete vielmehr Hilfe und Zusammenarbeit an und genieße daher „in der Substanz auch die Unterstützung seiner Partei sowie der oppositionellen SPD“. Gorbatschows Vorhaltung, der Vizekanzler sei doch selbst von Kohl überrascht worden, quittierte Genscher lakonisch, dies sei eine „innere Angelegenheit“. Nachdrücklich wiederholte er Bonns unveränderte Bereitschaft zur Kooperation in gesamteuropäischer Verantwortung; bestehende Verträge würden nicht in Frage gestellt. So ende-

14 Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 11, S. 60.

15 Vgl. Wilhelm Schönfelder/Elke Thiel: Ein Markt, eine Währung. Die Verhandlungen zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. 2. Auf. Baden-Baden 1996, S. 32 f.; Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie. München 2012, S. 434.

16 Vgl. Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 11, S. 57 u. AAPD 1989 (wie Anm. 11), Dok. 389, S. 1653–1661, besonders S. 1657.

17 Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 13, S. 73–82 (Zitat S. 79, die beiden folgenden S. 77 und 80); Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.): Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991. München 2011, Dok. 61, S. 254–265; Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 683–687.

te Genschers „unerfreulichste Begegnung mit dem Generalsekretär“¹⁸ letztlich ohne Eklat.

Trotz der hier demonstrierten Einigkeit der christlich-liberalen Bundesregierung traten in der Folgezeit immer offener Differenzen zwischen CDU-geführtem Kanzleramt und FDP-dominiertem Auswärtigen Amt zutage, vor allem in der Frage der Oder-Neiße-Grenze, aber auch beim besonders heiklen Komplex, welchen (Militär-)Bündnissen ein geeintes Deutschland künftig angehören solle.

Die Bush-Administration hatte früh deutlich gemacht, dass die USA die deutsche Einheit uneingeschränkt unterstützen – sofern Deutschland weiter Mitglied der EG und vor allem der NATO bleiben würde; eine Neutralität des Landes sei für Washington nicht akzeptabel.¹⁹ Umgekehrt war bekannt, dass Moskau – wie früher in den 1950er Jahren – diese Option nicht ausschloss, eine NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands dagegen klar ablehnte. Im Auswärtigen Amts stand man daher vor einem Dilemma: Einerseits fürchtete man, ein Pochen auf einer deutschen NATO-Mitgliedschaft verhindere die Einheit; andererseits wollte man sich nicht ausmalen, was geschehen würde, falls die Sowjetunion die Deutschen vor die Alternative „Einheit oder Verbleib in der Atlantischen Allianz“ stellen würde.

Das Kunststück, bei Wahrung der Bindungen zum Westen die legitimen Sicherheitsinteressen der UdSSR zu befriedigen, ihre Neutralitätsforderung aber zurückzuweisen und dabei zugleich deutschlandpolitisch für die FDP die Trendsetter-Funktion zurückzugewinnen, vollbrachte Genscher, als er öffentlichkeitswirksam Ende Januar 1990 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing seine Konzeption zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen präsentierte, an genau jenem Ort, wo Egon Bahr 1963 seine Formel vom „Wandel durch Annäherung“ vorgestellt hatte. Der Außenminister verkündete, die fortdauernde Zugehörigkeit des geeinten Deutschland zur EG wie zur NATO stehe nicht zur Disposition, ein „neutralistisches Gesamtdeutschland“ lehne man ab. Ebenso wenig könne es „eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, d. h. näher an die Grenze der Sowjetunion heran“, geben: „Vorstellungen, daß der Teil Deutschlands, der heute die DDR bildet, in die militärischen Strukturen der NATO einbezogen werden soll, würde die deutsch-deutsche Annäherung blockieren.“ Vielmehr sollten die bestehenden Militärbündnisse Bauelemente für kooperative Sicherheitsstrukturen für ganz Europa werden. Diese künftige gesamteuropäische Sicherheitsstruktur werde die im Wandel begriffenen Militärbündnisse zunehmend überwölben und am Ende gar obsolet machen.²⁰

18 Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 683.

19 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 25 und 31, S. 151, 171–174.

20 Vgl. PA/AA, B 7 (Ref. 013), Bd. 179077; Teildruck in Karl Kaiser (Hrsg.): Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte. Bergisch Gladbach 1991, S. 190 f. Vgl. auch

Ähnliche Gedanken hatte Genscher schon früher geäußert, etwa Anfang Januar 1990 beim Drei-Königstreffen der Liberalen in Stuttgart oder in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“.²¹ Nun eilte er persönlich nach Washington, um die US-Regierung für seine Überlegungen zu gewinnen, die fortan als „Genscher-Plan“ firmierten. Dies gelang bei seinem – nach eigenen Angaben „wohl kürzesten, aber auch wichtigsten“ – USA-Besuch am 2. Februar.²² Tatsächlich argumentierte der amerikanische Außenminister James Baker bei seinen Gesprächen vom 7. bis 10. Februar in Moskau exakt auf dieser Linie – einschließlich der später im Streit über vermeintliche westliche Zusagen für eine Nicht-Erweiterung der NATO nach Osten berühmt gewordenen Frage an Gorbatschow: „Would you prefer to see a unified Germany outside of NATO, independent and with no US forces or would you prefer a unified Germany to be tied to NATO, with assurances that NATO’s jurisdiction would not shift one inch eastward from its present position?“²³ Auch Bundeskanzler Kohl argumentierte am 10. Februar 1990 beim Kremlchef auf der von Genscher vorgezeichneten Linie: „Natürlich könne die NATO ihr Gebiet nicht auf das heutige Gebiet der DDR ausdehnen. Erforderlich seien jedoch Regelungen, um ein Einvernehmen zu finden.“²⁴ Genscher selbst hatte sein Tutzing-Konzept am Tag vor der Moskau-Reise nochmals vor internationalem Publikum bei einer Veranstaltung des „Stockholm International Peace Research Institute“ (SIPRI) bekräftigt.²⁵

Allerdings blieb Genschers NATO-Formel innerhalb der Bundesregierung strittig. Angespornt von entsprechenden Bedenken der anglo-amerikanischen Verbündeten, die dem Außenminister seit geraumer Zeit zu große Konzessionsbereitschaft gegenüber dem Osten unterstellten („Genscherism“ als pejoratives Schlagwort), widersprach vor allem das CDU-geführte Verteidigungsministerium den Festlegungen des Außenministers. Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg forderte eine vollständige NATO-Mitgliedschaft

Heike Amos/Tim Geiger: Das Auswärtige Amt und die Wiedervereinigung. In: Michael Gehler/Maximilian Graf (Hrsg.): Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen. Göttingen 2017, S. 73 f.

21 Vgl. PA/AA, Nachlaß Genscher, Bd. 48 u. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 45, Anm. 7, S. 231.

22 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 715–719, Zitat S. 715. Genscher war so aufgeregt, dass er entgegen seinen Gewohnheiten während des Fluges nur kurz schlafen konnte. Vgl. auch Kiessler/Elbe: Runder Tisch (wie Anm. 1), S. 86 f. Ein deutsches Protokoll des Vier-Augen-Gesprächs mit Baker scheint nicht zu existieren. Vgl. aber Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 159, S. 756 f.

23 Schreiben Bakers, z.Z. Moskau, an Kohl, 10.2.1990. In: Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 173, S. 794. Das Schreiben wurde der deutschen Regierungsdelegation am selben Tag in Moskau über Botschafter Blech zugestellt. Vgl. Sarotte: 1989 (wie Anm. 1), S. 110–114.

24 Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 174, S. 799.

25 Vgl. Hans-Dietrich Genscher: Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit. Berlin 1991, S. 242–256 u. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 720; Kiessler/Elbe: Runder Tisch (wie Anm. 1), S. 81.

für ganz Deutschland und war allenfalls zu der Einschränkung bereit, auf DDR-Territorium nur nicht-NATO-assignierte deutsche Streitkräfte der Bundeswehr-Territorialverteidigung zu stationieren.²⁶ In einem Rundfunk-Interview konterte Genscher umgehend, die Zusage, „daß das NATO-Gebiet nicht nach Osten ausgedehnt wird“, dürfe „nicht dadurch unterlaufen werden, daß deutsche Streitkräfte in der DDR stationiert sind und nicht der NATO unterstellt sind. Das würde ja im Prinzip dasselbe oder ähnliches bedeuten.“²⁷

In dem Ressort- und Koalitionsstreit obsiegte zunächst klar der liberale Vizekanzler. Am 19. Februar wurde eine gemeinsame Erklärung beider Kontrahenten veröffentlicht, in der schlicht ein Passus aus Kohls Regierungserklärung vom 15. Februar wiederholt wurde, dass sich die NATO künftig stärker auf eine politische Zielrichtung konzentrieren werde und „daß keine Einheiten und Einrichtungen des westlichen Bündnisses auf das heutige Gebiet der DDR vorgeschoben werden.“ Das gelte für NATO-assignierte wie nichtassignierte Bundeswehrverbände: „Der sicherheitspolitische Status des Gebietes der heutigen DDR in allen seinen Aspekten ist mit der frei gewählten Regierung der DDR sowie mit den vier für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächten zu klären.“²⁸

Um Moskaus Zustimmung zur deutschen Einheit zu erreichen und dennoch zumindest die alte Bundesrepublik voll in der NATO verbleiben zu lassen, war Genscher also bereit, dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis recht weit entgegenzukommen. Statt Bundeswehreinheiten auf bisherigem DDR-Territorium wollte er dort allenfalls Einheiten des Bundesgrenzschutzes zulassen, die kaserniert sein könnten, aber ein ziviler, nichtmilitärischer Verband sein müssten; eine eigenständige Zukunft für die Nationale Volksarmee der DDR schloss er aus.²⁹ Da in Ungarn bereits erste Überlegungen für einen späteren Wechsel aus dem zerfallenden Warschauer Pakt in die NATO ventiliert wurden, ging Genscher gegenüber Gesprächspartnern in diesen Wochen sogar so weit, über die DDR hinaus kategorisch jede NATO-Ausdehnung

26 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 182, S. 830 f., bzw. AAPD 1990. Bearb. von Tim Geiger, Michael Ploetz und Jens Jost Hofmann. Berlin/Boston 2021, Dok. 39, S. 157–163; Stoltenberg will Deutschland in NATO. In: FAZ vom 17.2.1990, S. 4; Jörg Schönbohm: Zwei Armeen und ein Vaterland. Das Ende der Nationalen Volksarmee. Berlin 1992, S. 22 f., ders.: Wilde Schwermet. Erinnerungen eines Unpolitischen. Berlin 2010, S. 206.

27 Auswärtiges Amt, Mitteilung für die Presse Nr. 1044, 17.2.1990. In: PA/AA, B 7 (Ref. 013), Bd. 179077.

28 Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 28 vom 21.2.1990, S. 218.

29 Vgl. Documents on British Policy Overseas (DBPO), Series III, Vol. VII: German Unification 1989/90. London 2010, Dok. 167, S. 332. Ferner AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 54, S. 222. Zur Position von Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer vgl. Michael Gehler/Maximilian Graf (Hrsg.): Österreich und die deutsche Frage 1987–1990. Vom Honecker-Besuch in Bonn bis zur Einheit. Göttingen 2018, Dok. 146, S. 596.

gen Osten auszuschließen.³⁰ Zu praktischer Politik sind solche Gedanken nie herangereift, da sie mit den von Genscher sonst stets so energisch verfochtenen KSZE-Prinzipien (freie Bündniswahl) und dem Selbstbestimmungsrecht der mittel-osteuropäischen Staaten unvereinbar gewesen wären. Der Vorgang bleibt dennoch erstaunlich und unterstreicht, wie tastend die Suche nach diplomatischen Lösungen für die deutsche Frage zunächst verlief.

Schon Ende März, als Genscher bei der Westeuropäischen Union (WEU) seine Vision von Transformation und langfristiger Auflösung der Militärbündnisse in einer künftigen kollektiven Sicherheitsstruktur wiederholte,³¹ mahnte ihn der Kanzler unmissverständlich, dies sei nicht (mehr) die Position der Bundesregierung.³² Tatsächlich hatte der amerikanische Präsident Bush von Anfang an hinsichtlich einer NATO-Mitgliedschaft Deutschlands eine härtere, weniger kompromissbereitere Linie vertreten, die zwar auch von einem gewissen Sonderstatus für das DDR-Territorium ausging, aber die im Genscher/Baker-Konzept vorgeschlagene künftige Zwitterstellung Deutschlands als unpraktikabel und als ein zu weitreichendes Zugeständnis an die Sowjets ablehnte: „To hell with that. We prevailed and they didn’t. We can’t let the Soviets clutch victory from the jaws of defeat.“³³ Bei einem Treffen von Bush, Baker und Kohl in Camp David am 24./25. Februar 1990 verpflichtete sich auch der Bundeskanzler auf diesen härteren Alles-oder-nichts-Kurs. Bezeichnender Weise fehlte bei diesem geradezu familiären ersten Aufenthalt eines westdeutschen Kanzlers auf dem Landsitz des US-Präsidenten der FDP-Bundesaußenminister. Ob dies, wie von Kohl in seinen Memoiren suggeriert, wirklich auf Wunsch der US-Seite geschah, die Genschers atlantisch-westlichen Treueschwüren weit weniger vertrauten als jenen des Kanzlers, erscheint fraglich.³⁴ Wahrscheinlicher ist, dass Kohl sei-

30 Vgl. Gespräch mit Hurd, 6.2.1990. In: Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 45, S. 233, bzw. DBPO: German Unification (wie Anm. 29), Dok. 129, S. 262; mit Schewardnadse, 10.2.1990. In: Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 20, S. 102; sowie gegenüber der italienischen Regierung, 21.2.1990. In: Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 56, S. 289.

31 Vgl. Genscher: Unterwegs (wie Anm. 25), S. 258–268.

32 Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 76, S. 380 f.

33 So Bush im Gespräch mit Kohl am 24.2.1990 in Camp David, George H. W. Bush Presidential Library, <https://bush41library.tamu.edu/files/memcons-telcons/1990-02-24--Kohl.pdf>.

34 Für die Gespräche vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 192–194, S. 860–877 u. Teltchik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 158–162. Im Telefonat vom 26.1.1990 legten Kohl und Bush den Termin für den bereits im November 1989 angedachten Besuch fest – im kleinsten Kreis, aber mit Ehefrauen. Ein Treffen ohne Außenminister sei vereinbart gewesen, überraschend sei am Ende Baker anwesend gewesen, so Helmut Kohl: Erinnerungen 1982–1990. München 2005, S. 1080. Sarotte: 1989 (wie Anm. 1), S. 126 weist nach, dass Baker Genschers Teilnahme empfahl.

nen unbequemen Koalitionspartner bewusst ausbootete, was dieser und seine Partei damals vermuteten.³⁵

Genschers Einschwenken auf die Linie von Kohl/Bush wurde durch Anzeichen erleichtert, dass Moskaus Nein zur deutschen NATO-Mitgliedschaft keinesfalls unüberwindlich sein würde. Bereits Anfang März signalisierte die sowjetische Seite Genschers wichtigstem Mitarbeiter, Ministerialdirektor Dieter Kastrup, der im Zwei-plus-Vier-Prozess als Hauptverhandlungsführer auf Beamtenebene fungierte, eine Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft ganz Deutschlands sei bei fortdauerndem militärischem Sonderstatus des DDR-Gebiets durchaus akzeptabel, sofern die UdSSR entsprechende wirtschaftliche und politische Kompensationen erhalte.³⁶

Für diese setzte sich der Außenminister im Folgenden mit seinem ganzen politischen Gewicht und letztlich höchst erfolgreich ein. Am Ende erlaubte Artikel 5 des Zwei-plus-Vier-Vertrags genau jene Lösung, die das Verteidigungsministerium von Anfang an vertrat, Genscher und seine Diplomaten im Frühjahr 1990 aber noch vehement abgelehnt hatten: Auf dem vormaligen DDR-Territorium durften bis zum Abzug der Sowjettruppen nur nicht-NATO-integrierte deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, danach ausschließlich die Bundeswehr, bei dauerhafter Festschreibung des Beitrittsgebiets als Europas einziger vertraglich abgesicherter kernwaffenfreien Zone.

II. Beruhigung der Nachbarn in West und Ost

Die Rückkehr der „deutschen Frage“ auf die weltpolitische Bühne löste im Herbst 1989 zunächst bei vielen Mächten den – nach den Kriegserfahrungen mit dem nationalsozialistischen Deutschland durchaus nachvollziehbaren – Wunsch nach Mitsprache bei der Ausgestaltung der deutschen Einigung aus. Als Menetekel wirkte, dass sich erstmals seit fast 20 Jahren wieder die Botschafter der vier Hauptsiegermächte UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich am 11. Dezember 1989 symbolträchtig im Gebäude des Alliierten Kontrollrats in Berlin trafen. Der Bundesaußenminister stellte daher zwei Tage später beim traditionellen Vierertreffen mit seinem französischen, britischen und amerikanischen Kollegen am Vorabend der NATO-Ministerratstagung in Brüssel unmissverständlich klar, dass nach über 40-jähriger vertrau-

35 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 60, S. 255; Wer hat Angst vor Deutschland? In: Die Zeit vom 2.3.1990. Entgegen diplomatischem Usus waren auch die Botschafter beider Außenämter von dem Gespräch ausgeschlossen, vgl. Walters: Vereinigung (wie Anm. 6), S. 49–54, bzw. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 52, S. 207–210.

36 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 64 und 65, S. 313–328; AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 61, S. 258 f.

ensvoller und partnerschaftlicher Zusammenarbeit eine Rückkehr zu Vier-Mächte-Beratungen über die Köpfe der Deutschen hinweg für die Bundesregierung schlicht inakzeptabel sei.³⁷ Trotz entsprechender Zusicherung seiner Kollegen hatte die westdeutsche Diplomatie auch im Januar 1990 noch hart zu ringen, um die drei Verbündeten dazu zu bewegen, eine erneute sowjetische Initiative für weitere Vier-Mächte-Beratungen abzuwenden.³⁸ Umgekehrt fürchtete das Ausland, gerade nach der Erfahrung mit Kohls Zehn-Punkte-Plan, von den Deutschen überraschend vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Und die deutsche Frage im Rahmen der 35 KSZE-Staaten zu erörtern, hätte eine Lösung *ad calendas graecas* vertagt – ein Grund, warum die wankende DDR-Regierung unter Ministerpräsident Hans Modrow genau das Ende Februar 1990 ins Spiel brachte.³⁹

Um die Jahreswende setzte daher ein intensives Nachdenken ein, in welcher Form und in welchem internationalen Rahmen sich die deutsch-deutsche Vereinigung vollziehen könnte. Als kleinstmögliches und damit praktikabelstes Format bot sich ein Sechser-Mechanismus an aus den unmittelbar betroffenen beiden deutschen Staaten sowie jenen vier alliierten Siegermächten, denen seit der „Berliner Deklaration“ vom 5. Juni 1945 Verantwortlichkeiten und Rechte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes zukamen. Die Idee für diesen Verhandlungsrahmen wurde zunächst unabhängig voneinander, dann verstärkt in wechselseitiger Absprache in den betroffenen Hauptstädten entwickelt, wobei der US-Regierung eine maßgebende Rolle zukam. Genscher und sein Stab können für sich reklamieren, die für die politische Gewichtung entscheidende Reihenfolge erwirkt zu haben, nämlich „2+4“ statt „4+2“; auf US-Seite nannten sie damit offene Türen ein, nicht jedoch bei den anderen Beteiligten.⁴⁰

Als das Zwei-plus-Vier-Format am Rande der „Open Skies“-Abrüstungskonferenz der NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten in Ottawa am 12./13. Februar 1990 offiziell aus der Taufe gehoben wurde, erhob sich indes selbst im Rahmen der NATO-Verbündeten scharfer Protest; vor allem Italien und

37 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 696, sowie abweichend Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 29, S. 160–167.

38 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 38 und 43, S. 208 f., 220–224.

39 Vgl. Ines Lehmann (Hrsg.): Die Außenpolitik der DDR 1989/90. Eine dokumentierte Rekonstruktion. Baden-Baden 2010, Dok. 54, S. 482 f.; Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 61, S. 305–308.

40 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 716–718; James A. Baker: Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen. Berlin 1996, S. 187–197; Kiessler/Elbe: Runder Tisch (wie Anm. 1), S. 87 ff.; William J. Burns: The Back Channel. A memoir of American diplomacy and the case for its renewal. New York 2019, S. 55; Thomas Christoph Marx: Das „Zwei-plus-Vier-Memorandum“ des US-Department of State vom 30. Januar 1990 und sein Kontext. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 50–60; Vierer-Direktorengespräch in Paris, 13.3.1990, S. 23. In: PA/AA, B 150 (offengelegte Verschluss-sachen), Bd. 758.

die Niederlande beanspruchten ebenfalls Mitspracherechte. Sie wurden aber von Genscher mit einem barschen, diplomatischen Gepflogenheiten Hohn sprechenden, aber effektiven „You are not part of the game“ zum Schweigen gebracht.⁴¹

Die Vorbehalte all jener, die sich vom Zwei-plus-Vier-Mechanismus ausgeschlossen fühlten und ein Direktorat der Großen bzw. neue deutsche Großmannssucht fürchteten, waren durch diesen Fauxpas gewiss nicht beseitigt, sondern sogar gesteigert worden. Aus der NATO-Zentrale in Brüssel meldete Botschafter Hans-Friedrich von Ploetz, „daß in den Hauptstädten bis in die höchsten Etagen empfindliche Nerven getroffen“ seien. Er riet, durch umfangreiche Konsultationen die „tiefgehende und sich sehr gereizt äußernde Verärgerung“ zu lindern.⁴² Ähnliche Empfehlungen kamen aus Washington.⁴³

Das Auswärtige Amt hatte längst Handlungsbedarf erkannt. Eine Woche nach Ottawa betrieb Genscher aktive Schadensbegrenzung, indem er auf dem EG-Ministertreffen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) in Dublin ausführlich über die jüngsten Entwicklungen in der deutschen Frage informierte, also über die bevorstehenden ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR, den Moskau-Besuch der Bundesregierung vom 10. Februar, über Grenzgarantien für die Nachbarn durch ein vereintes Deutschland, die vorgesehene Nicht-Ausdehnung von NATO und Bundeswehr auf DDR-Territorium bei freilich fortdauernder deutscher Mitgliedschaft in NATO und EG. Zugleich versprach er,

„bei künftigen Treffen der A[ußen]M[inister] laufend über Fortgang des Einigungsprozesses zu unterrichten und Meinungen der Partner einzuholen. Auch wolle er, ggfs. auch der Bundeskanzler, aus besonderem Anlaß Besuche in den Hauptstädten der Partner ins Auge fassen.“

Der den meisten seit Jahren als verlässlicher, berechenbarer und insofern vertrauenswürdiger Partner bekannte Bundesaußenminister sicherte zu: „Nichts wird hinter dem Rücken unserer Partner geschehen“.⁴⁴

41 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 50, S. 260–263; Marice Vaisse/Christian Wenkel (Hrsg.): *La diplomatie française face à l'unification allemande*. Paris 2011, Dok. 38, S. 218 ff.; Marc Dierikx/Sacha Zala (Hrsg.): *When the Wall Came Down. The Perception of German Reunification in International Diplomatic Documents, 1989/90*. Bern 2019, Dok. 37, S. 138–143.

42 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 52, S. 271 u. Drahtbericht Nr. 213 vom 20.2.1990. In: PA/AA, B 150 (offengelegte VS), Bd. 757.

43 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 192, S. 866, der dort nicht freigegebene Satz erschließt sich aus der US-Überlieferung: <https://bush41library.tamu.edu/files/memcons-telecons/1990-02-24--Kohl.pdf>, S. 7.

44 Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 55, S. 282–286, Zitate S. 285.

Wie zugesagt erfolgte bei allen folgenden Treffen des EG-Ministerrats bzw. EPZ-Treffen eine detaillierte Unterrichtung über die jüngsten Entwicklungen der deutschen Einigung, die sich längst nicht nur auf dabei notwendige EG-Aspekte wie die komplizierte Einfügung der DDR-Wirtschaft in das fortgeschrittene EG-Regelwerk („Acquis“) beschränkte.⁴⁵ Für letzteres wurde ein koordinierter Informationsstrang zwischen den einschlägigen Bundesministerien zu den EG-Organen, voran der EG-Kommission, errichtet.⁴⁶ Es dürfte das erfolgreiche Zusammenspiel dabei erleichtert haben, dass die für EG-Fragen hauptverantwortlichen Bundesministerien, das Auswärtige Amt unter Genscher und das Wirtschaftsministerium unter Helmut Haussmann, ebenso wie auf EG-Seite, wo der Vizekommissionspräsident und vormalige FDP-Vorsitzende Martin Bangemann die entsprechende Arbeitsgruppe der EG-Kommission leitete, allesamt in der Hand von FDP-Politikern lagen.

Ein EG-Sondergipfel im April 1990 erbrachte nicht nur unterstützende „Aussagen über die Vereinigung Deutschlands unter einem europäischen Dach“, sondern – ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung – zugleich Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Politischen Union, für die eine eigene Regierungskonferenz im Dezember 1990, parallel zu jener über die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, angesetzt wurde.⁴⁷ Die EG-Kommission unter Jacques Delors legte im August ein dreiteiliges, umfassendes Maßnahmenpaket vor; dieses wurde unter immensem Zeitdruck von Ministerrat und Europäischem Parlament im Eilverfahren verabschiedet, so dass – zunächst bei Anwendung vorläufiger Übergangs- und Ausnahmeregelungen – die Europäische Gemeinschaft zum Tag der deutschen Vereinigung am 3. Oktober quasi ihre erste „Osterweiterung“ vollzog.⁴⁸ Dies regelkonform ermöglicht zu haben, ist ein meist kaum gewürdiger, dabei aber höchst verdienstvoller weiterer Beitrag Genschers und seiner Diplomaten zur deutschen Einheit.

Über diese europäische Ebene, auf der Kanzler und Außenminister die weitere Integration mit Hochdruck vorantrieben, um die Bedenken der Nachbarn zu zerstreuen, vergaß der konsequente Multilateralist Genscher allerdings keineswegs die atlantische Dimension. So initiierte er Anfang 1990

45 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 45, S. 178–187 sowie Runderlass Nr. 32, 23.5.1990. In: PA/AA, B 5 (Ref. 012–9), Bd. 161322. Genscher berichtete dem Autor am 7.10.2014 in Berlin, er habe das entsprechende Informationsbegehren später gezielt zu einem so erschöpfenden Bericht genutzt, dass seine Kollegen bei weiteren Treffen schon abgewunken hätten, als sein Statement zu diesem Tagesordnungspunkt aufgerufen worden sei.

46 Vgl. Aufzeichnung des Leiters der Wirtschaftsabteilung Jelonek, 20.2.1990. In: PA/AA, B 38 (Ref. 210), Bd. 140735.

47 AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 119, S. 496–500, Zitat S. 496; vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 94, S. 463–466.

48 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 263, S. 1122–1124, u. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 141, S. 662–666.

eine gemeinsame „transatlantische Erklärung“ der EG-Mitgliedsstaaten und der USA, später erweitert um Kanada, in der nicht nur die bestehenden gemeinsamen Grundlagen der partnerschaftlichen Beziehungen umschrieben, sondern diese gleichsam institutionell für die Zukunft abgesichert werden sollten.⁴⁹ Genscher hätte dem Dokument am liebsten Vertragsform gegeben,⁵⁰ doch dies scheiterte an französischen Vorbehalten. In entsprechenden Erklärungen der EG und Kanadas sowie der EG und den USA im November wurden Konsultationsmechanismen ins Leben gerufen, mit denen die EG-Präsidentschaft und die EG-Kommission zu gleichrangigen Konsultationspartnern Washingtons bzw. Ottawas aufgewertet wurden. Dies und die Fixierung gemeinsamer Grundsätze und Ziele der Partnerschaft sollten frühzeitig künftigen transatlantischen Dissonanzen entgegenwirken und den Westen auch über das Ende des Kalten Krieges hinaus zusammenschweißen.⁵¹ Das vereinte Deutschland sollte nicht nur europäisch, sondern – auch jenseits der NATO – atlantisch eingebunden bleiben.

Dass auch Kanada sich im Frühjahr 1990 sorgte, von Informationen aus erster Hand über den Fortgang der deutschen Einigung ausgeschlossen zu sein,⁵² wirkte als zusätzlicher Impuls, nicht nur in den EG-, sondern auch den NATO-Gremien regelmäßig nach wichtigen Etappen über die deutsche Einigung zu berichten. Dies geschah zeitnah, meist auf hoher Beamten-, bisweilen auch auf Ministerebene, manchmal vor, immer aber nach Treffen im 2+4-Format und teilweise sogar nach Treffen Genschers mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse.⁵³ Wie wichtig diese Rückversicherung der lange noch tief besorgten Verbündeten war, veranschaulicht die Vorsprache des italienischen Botschafters im Auswärtigen Amt am Tag nach dem ersten Zwei-plus-Vier-Beamten-Treffen. Zwar bedankte er sich für die eine Woche zurückliegende Unterrichtung durch Bundeskanzler Kohl im Ständigen NATO-Rat,⁵⁴ regte aber gleichwohl die Einberufung eines NATO-Son-

49 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 30, S. 127–133.

50 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 102, S. 516.

51 Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.): Deutsche Aussenpolitik 1990/91. Auf dem Weg zu einer europäischen Friedensordnung. Eine Dokumentation. Bonn 1991, S. 290–295 u. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 401, S. 1679–1682.

52 Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 60, S. 304, u. When the Wall came down (wie Anm. 41), Dok. 41, S. 156 f.

53 Gedruckte Beispiele in Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 73, S. 366–374, Dok. 95, S. 467–473, Dok. 111, S. 553–555, Dok. 112, S. 556–563; AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 186, S. 762–767; Die Einheit, Dok. 119, S. 582–584; Dok. 126, S. 603–609. Dok. 157, S. 717–722. Zwei Tage vor dem ersten Ministertreffen im 2+4-Format fand extra eine Sondersitzung des NATO-Ministerrat in Brüssel statt, dazu AAPD 1990, Dok. 122, S. 509–519. Zwei Tage vor Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags unterrichtete Genscher umfassend den NATO-Ministerrat, vgl. Die Einheit, Dok. 149, S. 692–696. Die Unterrichtungen über die Zwei-plus-Vier-Beamtentreffen erfolgten abwechselnd durch die Politischen Direktoren der beteiligten vier westlichen Nationen.

54 Dazu AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 66, S. 271–277.

dertreffens an, um dort die einen weiteren Kreis tangierenden Sicherheitsaspekte der deutschen Frage zu erörtern. Staatssekretär Jürgen Sudhoff konnte dabei auf die zur gleichen Zeit in Brüssel bereits laufende Unterrichtung durch Ministerialdirektor Kastrup verweisen.⁵⁵

Genscher begann seine beim Dubliner EPZ-Treffen am 20. Februar angekündigten bilateralen Beruhigungsmissionen bereits am Folgetag mit einer Visite in Rom, war doch Außenminister Gianni De Michelis im Zentrum des „not part of the game“-Ekklats gewesen. Hauptansprechpartner war indes Italiens Ministerpräsident Giulio Andreotti, der bereits 1984 vor einem drohenden „Pangermanismus“ gewarnt hatte, was sein Verhältnis zu seinem christdemokratischen Partner Helmut Kohl nachhaltig verdorben hatte. Anders als der Kanzler schätzte der liberale Außenminister den mit allen (auch mafiösen) Wassern gewaschenen Democrazia Cristiana-Politiker Andreotti politisch wie persönlich sehr. Beide hatten jahrelang als Außenminister zugunsten eines entspannungspolitischen Kurses zusammengearbeitet, der mehr auf Kooperation statt Konfrontation, auf die KSZE und eine aktive Abrüstung setzte, insbesondere in der seit 1988 so strittigen Frage der nuklearen Kurzstreckensysteme.⁵⁶ Wie auch in den nächsten Hauptstädten erörterte Genscher die juristisch-politischen Hintergründe des Zwei-plus-Vier-Formats, das aber in keiner Weise einem „engen Meinungsaustausch über die Fragen der europäischen Friedensstruktur“ mit den Partnern in der EG, der NATO und der KSZE entgegenstehe: „In diesen drei Bereichen sei Bundesregierung fest entschlossen, Kurs zu halten. [...] Unsere Einbettung in europäische Strukturen entspreche unseren ureigensten Interessen.“ Daher müsse neben der KSZE vor allem die europäische Integration mit der WWU und der Politischen Union energisch vorangetrieben werden. An der Substanz der deutschen Position könne kein Zweifel bestehen – was Andreotti bestätigte, aber auf Kohls hinsichtlich der WWU zögerlichere Haltung verwies.⁵⁷ Auch in Den Haag versicherte Genscher gegenüber Ministerpräsident Ruud Lubbers und Außenminister Hans van den Broek am 27. Februar die unveränderte Westbindung Deutschlands bei Ablehnung jeder Neutralisierung, die fortgesetzt pro-europäische Orientierung der Bundesregierung sowie die absolute Unveränderlichkeit der übrigen Grenzen, allen voran jener Polens.⁵⁸ Die niederländische Presse sprach anschließend von einer erfolgreichen „Seelenmassage“ der europäischen Nachbarn,⁵⁹ die der Bundesaußenminister am

55 Vgl. Aufzeichnung v. 16.1.1990 in: PA/AA, B 14 (Ref. 201), Bd. 151145.

56 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 736; Kohl: Erinnerungen (wie Anm. 34), S. 1013.

57 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 56, S. 286–296, besonders S. 288 f., 292, 294.

58 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 53, S. 210–218; Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 63, S. 311 f.

59 Vgl. Drahtbericht der Botschaft in Den Haag, Nr. 153, 28.2.1990. In: PA/AA, B 24 (Ref. 202), Bd. 140587.

9. März in Kopenhagen fortsetzte. Auch dort diagnostizierte der Botschafter vor Ort, insbesondere der gemeinsame Presseauftritt Genschers mit seinem Kollegen und liberalen Parteifreund Uffe Ellemann-Jensen habe „auf dän[ische] Medien und Öffentlichkeit entspannend und aufschlußreich“ gewirkt; selbst bei der Einheits-kritischen Opposition habe ein Umdenken begonnen.⁶⁰ Dass selbst kleinste Nachbarn nicht vergessen wurden, veranschaulichte Genscher mit einem Besuch in Luxemburg am 27. März.⁶¹ Spezielle Besuche in Belgien und Österreich erledigten sich, als deren Außenminister eigens nach Bonn reisten.⁶²

Letzteres veranschaulicht, dass nicht nur die westeuropäischen Nachbarn, sondern auch jene im Osten bedacht wurden. In der Tschechoslowakei, wo nach der „samtenen Revolution“ mit Präsident Václav Havel und Außenminister Jiří Dienstbier kurz vor Silvester 1989 ehemalige Dissidenten die Regierung übernommen hatten, wurden erstaunlich wenig Sorgen vor der deutschen Einheit geäußert; auch die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands, das als wichtigster Wirtschaftspartner und Fürsprecher der erhofften EG-Annäherung betrachtet wurde, war in Prag – wie in Budapest – sehr früh akzeptiert worden. Häufige persönliche Treffen mit den Außenministern der beiden Reformstaaten sollten diesen nicht nur den Rücken stärken und potentielle Ängste vor Deutschland abbauen, sondern waren zugleich äußerst nützliche Informationsquellen aus dem Innersten des in rascher Auflösung begriffenen Warschauer Pakts.⁶³

Dass die Vorbehalte gegen eine deutsche Einheit, zumal unter klarer Ägide der Bundesrepublik, in der Sowjetunion besonders groß waren, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Natürlich waren es in erster Linie handfeste materielle wirtschaftliche und finanzielle Hilfen und verifizierbare sicherheitspolitische Zusagen, die in Moskau ein Umsteuern ermöglichten. Ein sicherlich hilfreicher und förderlicher Faktor war dabei aber auch das große Vertrauenspotential, das Genscher sich in Moskau seit vielen Jahren als energischer Verfechter der Entspannungspolitik und einer Einbindung „auf Augenhöhe“, d.h. bei steter Rücksichtnahme auf das internationale Prestige und

60 Drahtbericht Nr. 105, 13.3.1990. In: ebd., B 31 (Ref. 205), Bd. 178328. Vgl. ferner AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 55, S. 229–232.

61 Für das Gespräch mit Außenminister Poos vgl. PA/AA, B 1 (Ministerbüro), Bd. 178927.

62 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 83, S. 422–425, sowie Vermerk vom 28.3.1990. In: PA/AA, B 24 (Ref. 202), Bd. 140559.

63 Mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dienstbier traf sich Genscher in dessen ersten beiden Amtsmonaten gleich drei Mal: am 23.12.1989 bei der symbolischen Grenzöffnung am Übergang Waidhaus, vgl. Aufzeichnung vom 27.12.1989. In: PA/AA, B 42 (Ref. 214), Bd. 139911, bei Präsident Havels Besuch am 2.1.1990, vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 134, S. 681 f., und für ausführliche Außenminister-Konsultationen am 1.2.1990 in Nürnberg, vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 22, S. 91–93. Weitere Begegnungen fanden im Februar in Ottawa, in Prag am 15.3.1990 und in Lissabon am 23.3.1990 statt, vgl. AAPD 1990, Dok. 85, S. 351 f.

die Würde der UdSSR als Supermacht, erarbeitet hatte und das er nun im Interesse der deutschen Einheit auf die Waagschale legen konnte. Seine vielen Treffen mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse, mit dem er zwischen Januar und November 1990 dreizehn, teils stundenlange Gespräche führte und die letztlich ein geradezu freundschaftliches Verhältnis begründeten,⁶⁴ bleiben ein Schlüsselmoment in dem vielschichtigen internationalen Prozess der Herstellung der deutschen Einheit.

Kurz, Genscher wirkte durch seine permanente Kontakt- und Gesprächspolitik entscheidend daran mit, jenes internationale Vertrauen aufzubauen, das erst ein Klima schuf, in dem die deutsche Einheit gewagt werden konnte. Zusätzliches Gewicht erhielt der seit Jahren amtierende liberale Außenminister auch dadurch, dass er als eigenständiger, überaus einflussreicher Koalitionspartner anerkannt war, dessen Worte und Zusagen innerhalb der Bundesregierung Gewicht besaßen. Genscher war, so charakterisierte es Bundespräsident Richard von Weizsäcker Anfang 1990 treffend, längst „in unserer Welt die vertrauensbildende Maßnahme in Person“ geworden – und zwar in Ost wie West.⁶⁵

III. Ringen um die Bestätigung der polnischen Westgrenze

Ein Bereich, in dem die Reputation Genschers maßgeblich zum Tragen kam, war die Frage der polnischen Westgrenze, also der endgültige deutsche Verzicht auf die 1945 durch die „Westverschiebung Polens“ verlorenen Oder-Neiße-Gebiete des einstigen Deutschen Reiches.

Formaljuristisch laut „Potsdamer Abkommen“ „unter polnischer Verwaltung stehend“, waren diese Gebiete faktisch längst polnisch geworden. Den durch Krieg und Vertreibungen geschaffenen Tatsachen hatte die DDR bereits 1950 im Görlitzer Abkommen Rechnung getragen. In der Bundesrepublik war angesichts Millionen Vertriebener aus den Ostgebieten solch ein Verzicht undenkbar gewesen; erst die sozial-liberale Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel anerkannte im Warschauer Vertrag 1970 die Oder-Neiße-Grenze als unverletzlich. Aus polnischer Sicht blieb jedoch höchst kritisch, dass dieser faktische Gebietsverzicht unter dem – auch durch das Bundesverfassungsgericht bekräftigten –

64 Vgl. dazu insbesondere Hilger (Hrsg.): *Diplomatie* (wie Anm. 2); ferner Reinhard Bettzuege: Hans-Dietrich Genscher – Eduard Schewardnadse. Das Prinzip Menschlichkeit. Bergisch Gladbach 1994; Otto Graf Lambsdorff: Die historische Rolle Hans-Dietrich Genschers im Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen. In: Kinkel (Hrsg.): *Verantwortung* (wie Anm. 3), S. 290–298.

65 Richard von Weizsäcker: *Reden und Interviews*. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bd. 6. Bonn 1990, S. 183.

Vorbehalt stand, dass dies nur bis zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands galt. Völkerrechtlich konnte nur ein souveränes Gesamtdeutschland *endgültig* auf dieses Territorium verzichten, das immerhin rund ein Drittel des Reichsgebiets von 1937 umfasste. Dieses verfassungsrechtliche, außen- und innenpolitische Problem im deutschen Vereinigungsprozess 1989/90 mit den Interessen Polens und der internationalen Staatengemeinschaft in Einklang zu bringen, wurde eine zentrale Aufgabe bundesdeutscher Diplomatie. Während Bundeskanzler Kohl aus besagten rechtlichen, aber auch innenpolitischen Gründen einer eindeutigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze auswich, erkannte Genschers Auswärtiges Amt sehr viel früher, dass jede Zweideutigkeit bezüglich der Grenzankennung den Zug zur deutschen Einheit international leicht zum Entgleisen bringen könnte.⁶⁶

Früher und klarer als die anderen Bundestagsparteien hatten sich die Liberalen schon Ende der 1960er Jahre für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen. Als beim FDP-Bundesparteitag in Hannover 1967 leidenschaftlich über diese Frage gestritten wurde, hatte Genscher, wenn auch krankheitsbedingt nur per Telefon, den tragfähigen Formulierungsvorschlag beigesteuert, „daß eine mögliche Zusammenführung der getrennten Teile Deutschlands nicht an territorialen Fragen scheitern darf“.⁶⁷ Wenn auch nicht direkt an der Ausarbeitung des Warschauer Vertrags beteiligt,⁶⁸ war sich Genscher dessen zentraler Bedeutung für die bilateralen Beziehungen bewusst, zumal praktisch in jeder Begegnung mit polnischen Gesprächspartnern auf das Abkommen rekurriert wurde: Der Warschauer Vertrag, so Genscher 1985 gegenüber dem polnischen Ministerpräsidenten Wojciech Jarużelski, „sei nicht ein einfacher Vertrag wie jeder andere gewesen. Durch die-

66 Zum Folgenden vgl. Amos/Geiger: Das Auswärtige Amt (wie Anm. 19), S. 78–82; Hanns Jürgen Küsters: Der Preis für die Einheit. In: FAZ vom 6.7.1998, S. 10; Wanda Jarząbek: Im Schatten des Grenzproblems. Polen und der Wiedervereinigungsprozeß Deutschlands in den Jahren 1989/90. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 16 (2021), H. 1, S. 135–164; Dominik Pick: Deutsch-polnische Beziehungen und die deutsche Einheit. In: Gehler/Graf (Hrsg.): Europa (wie Anm. 19), S. 599–626; Weidenfeld: Außenpolitik (wie Anm. 1), S. 479–509.

67 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 255.

68 Pikanter Weise war es Bundesinnenminister Genscher, der zusammen mit der CDU/CSU-Opposition den entscheidenden Passus in der von allen Parteien am 17.5.1972 verabschiedeten Bundestagsresolution bei der Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrags verantwortete („Die Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland in den Verträgen eingegangen ist, hat sie im eigenen Namen auf sich genommen. Dabei gehen die Verträge von den heute tatsächlich bestehenden Grenzen aus, deren einseitige Änderung sie ausschließen. Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen.“), vgl. AAPD 1972. Bearb. von Mechthild Lindemann, Daniela Taschler, Fabian Hilfrich. München 2003, Dok. 125, Anm. 2, S. 531, Dok. 126, Anm. 2, S. 535. Ferner Hans-Dieter Lucas: Wahrung der deutschen Option. Hans-Dietrich Genscher und die neue Ost- und Deutschlandpolitik (1969–1974). In: Ders. (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa. Baden-Baden 2002, S. 59–81.

sen Vertrag habe man den Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht durchbrochen“, und es seien „die großen Ziele aufgezeichnet“ worden, deren Verwirklichung die Menschen in Deutschland wie Polen wünschten.⁶⁹

Für Genscher wie die gesamte FDP blieben der Warschauer Vertrag und die anderen sozial-liberalen Ostverträge auch nach der „Wende“ von 1982, also dem Bündniswechsel der FDP von der SPD zu den Unionsparteien, ein Kernbestand ihrer politischen *Raison d'être*. Ebenso unmissverständlich wie pointiert unterstrich der Außenminister 1984 im Bundestag, „daß der Prozeß der Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen zu den kostbarsten Gütern der deutschen Nachkriegspolitik gehört“. ⁷⁰

Entsprechend hoch war in Polen, selbst bei den regierenden Kommunisten, die Wertschätzung für die FDP generell wie speziell für Genscher.⁷¹ Schließlich hatte dieser bereits 1975, zu Beginn seines langen Wirkens als Außenminister, maßgeblich die „zweiten Polen-Verträge“ ausgehandelt, also jenes Paket, das aus 1) dem „Jumbo-Kredit“, einem äußerst großzügigen Finanzkredit in Höhe von einer Mrd. DM zu einem äußerst günstigen Vorzugszinssatz, 2) einem Renten- und Sozialversicherungsabkommen, das vor allem für ehemalige polnische Zwangsarbeiter im nationalsozialistischen Regime gedacht war, und 3) aus einem unveröffentlichten Protokoll bestand, das die Ausreise von rund 125.000 Deutsch(stämmig)en aus Polen garantieren sollte. Anders als Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hatte Genscher dann durch mühsame Nachverhandlungen mit der polnischen Seite auf der einen und den oppositionellen Unionsparteien, die über die Mehrheit im Bundesrat verfügten, auf der anderen Seite erst ermöglicht, dass das Vertragspaket ratifiziert werden konnte.⁷² Selbst in der Phase des Kriegsrechts hatte Genscher seine Kontakte in Polen gepflegt – zu den Machthabern ebenso wie zur Solidarność-Opposition und zur katholischen Kirche.⁷³ Auf

69 AAPD 1985. Bearb. von Michael Ploetz, Mechthild Lindemann und Christoph Johannes Franzen. Berlin/Boston 2016, Dok. 56, S. 317.

70 Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 10. Wahlperiode, 74. Sitzung (7.6.1984), S. 5332, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/10/10074.pdf>, vgl. auch Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 267–269.

71 Zur polnischen Wertschätzung der FDP vgl. DB Nr. 1154 vom 8.7.1987. In: PA/AA, B 5 (Ref. 012–9), Bd. 150186, u. AAPD 1989 (wie Anm. 11), Dok. 123, S. 552, zu der Genschers vgl. AAPD 1985 (wie Anm. 69), Dok. 56, S. 315, u. AAPD 1987. Bearb. von Tim Szatkowski, Tim Geiger und Jens Jost Hofmann. Berlin/Boston 2018, Dok. 263, S. 1324.

72 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 263–266; Hartmut Soell: Helmut Schmidt. Macht und Verantwortung. München 2008, S. 491–499; Henning Köhler: Helmut Kohl. Ein Leben für die Politik. Die Biographie. Köln 2014, S. 247–257; Dieter Bingen: Realistische Entspannungspolitik. Der mühsame Dialog mit dem Osten – die Bundesrepublik Deutschland und ihre östlichen Nachbarn. In: Hans-Dieter Lucas (Hrsg.): Genscher (wie Anm. 68), S. 165–169.

73 Vgl. Agnes Bresselau von Bressensdorf: Frieden durch Kommunikation. Das System Genscher und die Entspannungspolitik im Zweiten Kalten Krieg 1979–1982/83. Berlin/Boston 2015, S. 197–256.

polnischer Seite wurde auch wahrgenommen, dass Genscher sich weiter für zinsgünstige Kredite für das hochverschuldete und wirtschaftlich marode Polen einsetzte.⁷⁴ Da Polen und Deutsche noch mehr als andere Europäer Nutznießer eines Entspannungsklimas im Ost-West-Konflikt seien, sollten sie, erklärte Genscher seinem polnischen Amtskollegen, für ihre jeweiligen Führungsmächte „den Schlüssel so zufeilen, daß er in Washington und Moskau benutzt werden könnte.“⁷⁵

Während führende Unionspolitiker Warschau durch umstrittene Auftritte bei Vertriebenenorganisationen irritierten (etwa Bundeskanzler Kohl 1985 und CSU-Vorsitzender Theo Waigel 1989 durch Auftritte beim Schlesiertreffen), blieb der FDP-Außenminister und Vizekanzler stets auf Distanz zu den Vertriebenenverbänden.

Ohne Rücksprache mit dem Kanzler und dem Koalitionspartner schlug Genscher am 27. September 1989 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen einen unverrückbaren Pflock ein, indem er sich direkt an den anwesenden Außenminister der seit Sommer 1989 amtierenden ersten nicht-kommunistischen Regierung Polens, den parteilosen Völkerrechtsprofessor Krzysztof Skubiszewski, wandte und ihm zusicherte:

„Das polnische Volk ist vor fünfzig Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Es soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht. Wir wollen mit Polen für ein besseres Europa der Zukunft arbeiten. Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa.“⁷⁶

Dieser von Genscher kurzfristig eingefügte Passus⁷⁷ drohte wenig später die christlich-liberale Koalition zu sprengen. Im Vorfeld des heiklen Polenbe-

74 Vgl. AAPD 1988 (wie Anm. 5), Dok. 69, Anm. 6, S. 397. Dass 1989 die überfällige Rückzahlung des „Jumbo-Kredits“ von 1975 teils erlassen, teils auf (nicht-konvertible) Złoty-Basis umgewandelt wurde (was einem de facto-Schuldenerlass glich), reklamierte Genscher als maßgeblich sein Verdienst, vgl. AAPD 1989 (wie Anm. 11), Dok. 299, S. 1294.

75 AAPD 1988 (wie Anm. 5), Dok. 14, S. 75.

76 Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung 1989, S. 849–853, hier S. 1854.

77 So Kiessler/Elbe: Runder Tisch (wie Anm. 1), S. 27. Genscher dagegen reklamiert, die Passage bereits beim Flug nach New York am 23. September 1989 „wieder und wieder überarbeitet“ zu haben, vgl. ders.: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 14. Mehr spricht für die Version von Genschers damaligem Büroleiter, dass der Passus als Reaktion auf die Revisionismusvorwürfe formuliert worden sei, die der sowjetische Außenminister in seiner Rede am Vortag gegen die Bundesrepublik erhoben habe. Vgl. auch Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 5, S. 36–39. Genscher hatte sich freilich bereits vorab in einem Interview positioniert: „Wer Diskussionen über die polnische Westgrenze vom Zaun bricht, verstündigt sich am europäischen Friedensprozeß. [...] Wir sollten die Garantie des berechtigten Wunsches der Polen, in sicheren Grenzen leben zu können, nicht der DDR und der Roten

suchs des Bundeskanzlers ab 9. November 1989 brachte die SPD-Opposition im Bundestag einen Entschließungsantrag ein, der Genschers Äußerungen vor der UNO im Wortlaut wiederholte – in der festen Annahme, dass die Liberalen, nicht aber CDU und CSU diesem Antrag zustimmen würden. Nur mit Mühe konnte eine für alle Koalitionsparteien gesichtswahrende Lösung gefunden werden, indem ein eigener gemeinsamer Entschließungsantrag der Koalition gestellt wurde, der zwar ebenfalls Genschers Zitat wiederholte, aber um den für die Union entscheidenden Einleitungssatz ergänzte, dass dies „für die Bundesrepublik“ – und mithin nicht den gesamtdeutschen Souverän – gelte.⁷⁸

Nach dem Mauerfall und vor allem nach Kohls Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989 nahm die Grenzdiskussion Fahrt auf. Im Ausland, von der Opposition, aber auch vom liberalen Koalitionspartner wurde massiv kritisiert, dass bei Kohls unabgestimmten Alleingang als „elfter Punkt“ eine explizite Garantie der bestehenden polnischen Westgrenze fehle.⁷⁹

Der Bundeskanzler beharrte demgegenüber auf der juristisch korrekten, aber politisch immer weniger haltbaren Position, erst eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung könne solch einen Grenzvertrag verbindlich abschließen, obwohl auch für Kohl längst feststand, dass jegliche Revision der bestehenden Oder-Neiße-Grenze ausgeschlossen war. Aufgrund eigener Grenzlanderfahrung fühlte sich der Pfälzer Polen durchaus verbunden: Ihm war dessen Historie als Opfer aggressiver Nachbarn voll bewusst, und der katholische Christdemokrat bekundete Sympathie für Polens Freiheitsliebe in der Vergangenheit wie Gegenwart. Kohl wollte eigentlich die deutsch-polnische Versöhnung voranzubringen,⁸⁰ war damit aber jahrelang brüsk von Warschau zurückgewiesen worden, etwa beim Plädoyer für ein gemeinsames Jugendwerk nach deutsch-französischem Vorbild⁸¹. Seit Jahren betonte Kohl, die Bundesregierung stehe nicht nur gemäß der Devise *Pacta sunt servanda* zum Warschauer Vertrag, sondern verwies stets auch auf Umfragen,

Armee überlassen.“ Vgl. den Artikel: Hier ist Engagement gefordert. In: Der Spiegel Nr. 39 vom 24.9.1989, S. 24–27, hier S. 27.

78 Vgl. Friedrich Bohl: Die Wiedervereinigung und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In: Peter Ramsauer (Hrsg.): Weichenstellung für Deutschland und Europa. Theo Waigel – Stationen eines Politikers. München 2009, S. 111–121, hier S. 112 f. Für den Antrag der SPD-Fraktion vom 7.11.1989 vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 11/5586, für den gemeinsamen Antrag von CDU/CSU- sowie FDP-Fraktion vom 8.11.1989 vgl. ebd., Drucksache 11/5589.

79 Auf Seiten der FDP wurde dies vor allem vom Parteivorsitzenden Lambsdorff gerügt, vgl. Alexander von Plato: Die Vereinigung (wie Anm. 11), S. 124. Zur Reaktion des Auslands vgl. Anm. 8.

80 Vgl. AAPD 1986. Bearb. von Matthias Peter und Daniela Taschler. Berlin/Boston 2017, Dok. 66, S. 373–379; AAPD 1987 (wie Anm. 71), Dok. 182, S. 913–919, bzw. Dok. 277, S. 1414 f.; Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 15, S. 340.

81 Vgl. AAPD 1987 (wie Anm. 71), Dok. 122, Anm. 11, S. 608.

dass über 80 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung gegen eine Veränderung der Oder-Neiße-Grenze seien – wobei der Anteil unter Vertriebenen sogar noch höher liege.⁸²

Kohls sture Weigerung, den längst nicht mehr in Frage stehenden Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete amtlich zu bekräftigen, hatte neben den juristischen primär innenpolitische Gründe. Mit Blick auf die Ende 1990 anstehende Bundestagswahl wollte er sich keine Diskussion über „nationale Verzichtspolitik“ aufzwingen lassen, die den Unionsparteien im politisch „rechten Spektrum“ Stimmenverluste hätten bringen können: Zum einen neigten die Vertriebenen seit den 1970er Jahren mehrheitlich zu den Unionsparteien, zum anderen sollte den – bei den Europa- und Landtagswahlen 1989 überraschend erfolgreichen – „Republikanern“ keine weiteren Wähler zugetrieben werden. Diese durch ein künstliches Hochspielen der polnischen Grenzfrage gezielt zu fördern, um so der Union zu schaden – dieses wahltaktische Kalkül unterstellte Kohl seinen parteipolitischen Gegnern, auch dem liberalen Koalitionspartner.⁸³

Im seit zwanzig Jahren FDP-geführten Auswärtigen Amt erkannte man klarer, dass die Kanzlerposition zur Grenzfrage sogar unter westlichen Verbündeten massiv Misstrauen und in gefährlicher Weise (weitere) Vorbehalte gegen die Einheit schürte. Insofern hielten Genschers Diplomaten eine Lösung für unverzichtbar, die jeden Zweifel an der Endgültigkeit des polnischen Grenzverlaufs beseitige. Der AA-Planungsstab – dem Minister in der Regel besonders nahe stehend – regte am 20. Dezember 1989 eine gemeinsame Erklärung der Regierungen beider deutscher Staaten zum Erhalt der Oder-Neiße-Grenze an; Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth ging am 29. Dezember mit einer ähnlichen Idee, allerdings bezogen auf die beiden deutschen Parlamente, in die Öffentlichkeit.⁸⁴ Liberale wie der innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Burkhard Hirsch, die FDP-Generalsekretärin Cornelia Schmalz-Jacobsen und Genscher selbst befürworteten umgehend Süsmuths Vorschlag. „Wer die deutsche Haltung zur polnischen Westgrenze offenhalten will, der schlägt das Tor zu zur deutschen Einheit“, verkündete der Außenminister beim traditionellen Drei-Königs-Treffen der Liberalen.⁸⁵

82 Vgl. AAPD 1985 (wie Anm. 69), Dok. 265, S. 1366; AAPD 1986 (wie Anm. 80), Dok. 66, S. 374, u. AAPD 1987 (wie Anm. 71), Dok. 182, S. 919.

83 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 92, S. 533, u. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 60, S. 254.

84 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 34, S. 186–190, sowie Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 154, Anm. 7, S. 745.

85 Vgl. Deutschland 1990. Dokumentation zu der Berichterstattung über die Ereignisse in der DDR und die deutschlandpolitische Entwicklung. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1993, Bd. 18, S. 10880, 10894; Rede Genschers vom 6.1.1990. In: PA/AA, Nachlass Genscher, Bd. 48.

In Polen wurde die Diskussion mit Argusaugen verfolgt. Nachdem sich Warschau durch die Zwei-plus-Vier-Formel von Ottawa von der direkten Mitwirkung an der außenpolitischen Ausgestaltung der deutschen Einigung ausgegrenzt sah, die doch Polens Lebensinteressen fundamental betrafen, steigerte sich dort die Debatte „von Tag zu Tag mehr in eine Hysterie“, wie der bundesdeutsche Botschafter meldete:

„Es finden Krisensitzungen statt, die Botschafter der Vier Mächte werden einbestellt, es scheint der nationale Notstand ausgebrochen. Ein unbeteiligter Besucher würde beim Aufschlagen der Zeitungen oder im Gespräch mit polnischen Gästen meinen, eine neue deutsche Invasion über die Oder stünde kurz bevor.“⁸⁶

Ihrerseits unter innenpolitischem Druck, zumal die noch keineswegs vollständig von der Macht verdrängten Altkommunisten das bewährte Muster antideutscher Ressentiments instrumentalisierten, verlangte die Regierung von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki eine Beteiligung an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, soweit die Grenzfrage und andere Punkte der polnischen Sicherheit betroffen seien. Vor allem aber forderte Polen die Aushandlung eines Friedens- oder zumindest Grenzvertrags, der noch vor der Vereinigung von beiden deutschen Staaten paraphiert und dann umgehend vom künftigen gesamtdeutschen Staat ratifiziert werden sollte.⁸⁷

International fand dieser „Mazowiecki-Plan“ breite Unterstützung – nicht nur bei der UdSSR und DDR, sondern auch im Westen, voran bei Großbritanniens Premierministerin Thatcher und in Frankreich, wo sich Staatspräsident Mitterrand und Außenminister Dumas am 9. März beim Besuch der polnischen Regierung in Paris hinter Warschaus Forderungen stellten.⁸⁸ Selbst im amerikanischen Kongress drohte wegen der Grenzfrage die bislang uneingeschränkte Unterstützung für die deutsche Einigung wegzubrechen.⁸⁹ Genscher und die gesamte FDP bekundeten früh Bereitschaft, auf den polnischen Wunsch eines Vertrages mit beiden deutschen Staaten einzugehen,⁹⁰ während sich der Bundeskanzler dem kategorisch verweigerte. Trotz oder gerade wegen des massiven außen- wie innenpolitischen Drucks war Kohl allenfalls bereit, den Süßmuth-Vorschlag einer gemeinsamen politischen

86 Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 53, S. 276.

87 Vgl. im einzelnen AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 52, Anm. 10, S. 209 und Dok. 53, Anm. 18, S. 214; Weidenfeld: Außenpolitik (wie Anm. 1), S. 484 f.

88 Vgl. Lehmann (Hrsg.): Die Außenpolitik der DDR (wie Anm. 39), Dok. 48, S. 475 f.; Gespräch Thatcher mit italienischem Ministerpräsident Andreotti in London, 23.2.1990, <https://www.margaretthatcher.org/document/210349>; Deutschland 1990, Bd. 18 (wie Anm. 85), S. 11467–11474.

89 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 57, S. 241–245.

90 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 53, S. 214 sowie der Artikel: Kohl und Genscher ohne Einigung im Bonner Streit um die polnische Grenze. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.3.1990.

Absichtsbekundung durch beide freigewählten Parlamente in Bonn und Ost-Berlin zu akzeptieren. Er verkomplizierte die Dinge aber zusätzlich mit der Forderung, die Entschließung müsse darüber hinaus ihrerseits den polnischen Reparationsverzicht von 1953 gegenüber Deutschland und Warschaus Zusicherung zum Schutz der deutschen Minderheit in Polen bekräftigen – was die Liberalen, wie die Opposition, durchweg ablehnten.⁹¹

Eine Regierungskrise konnte am 6. März 1990 in einem hoch kontroversen Koalitionsgespräch gelöst werden: Die Regierungsparteien einigten sich auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag im Bundestag, in dem unter Bezug auf die Resolution vom 8. November 1989, also letztlich Genschers UNO-Rede, gefordert wurde, „daß die beiden freigewählten deutschen Parlamente und Regierungen möglichst bald nach den Wahlen in der DDR eine gleichlautende Erklärung abgeben“, deren Ziel es sei,

„die Unverletzlichkeit der Grenzen gegenüber Polen als unverzichtbare Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa zu bekräftigen. In diesem Sinne soll die Grenzfrage in einem Vertrag zwischen einer gesamtdeutschen Regierung und der polnischen Regierung geregelt werden, der die Aussöhnung zwischen beiden Völkern besiegelt.“⁹²

Als der Bundestag diese Entschließung zwei Tage später mit großer Mehrheit annahm⁹³, galt dies allgemein als Punktsieg des liberalen Außenministers.

Von Seiten der Vertriebenen sah sich Genscher indessen massiver Kritik wie „Hauptagitator gegen die Wiedervereinigung“, „Sprachrohr der Polen“, [...] „Anerkennungspolitiker“ etc.“ ausgesetzt.⁹⁴ Trotz seiner zweifelsohne weit größeren Konzessionsbereitschaft war Genscher keineswegs bereit, alle Wünsche Warschaus zu akzeptieren. Wie der Kanzler lehnte er dezidiert die zeitweise auch von Frankreich, Großbritannien und der UdSSR unterstützte Idee ab, Treffen der dann um Polen erweiterten „Zwei-plus-Vier“ auch in Warschau stattfinden zu lassen.⁹⁵ Dagegen unterstützte Genscher die partielle Teilnahme Polens an den exklusiven Zwei-plus-Vier-Gesprächen, sofern es um die polnische Westgrenze ginge. Genau das wurde am 14. März 1990 beim ersten Zwei-plus-Vier-Beamntentreffen in Bonn ins Auge gefasst und dann beim ersten Zwei-plus-Vier-Ministertreffen am 5. Mai in Bonn be-

91 Vgl. Deutschland 1990, Bd. 18 (wie Anm. 85), S. 10968, 10982, 10987, 10991 f., u. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 60, S. 255 f.

92 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 204A, S. 913.

93 Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 11. Wahlperiode, 200. Sitzung, S. 15429, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/11/11200.pdf>.

94 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 72, S. 365; Deutschland 1990, Bd. 18 (wie Anm. 85), S. 10897.

95 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 214, S. 934 f.; AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 67, S. 278, Dok. 69, S. 286; Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 77, S. 382.

schlossen;⁹⁶ noch am selben Tag ließ Genscher seinem polnischen Kollegen ein entsprechendes Einladungsschreiben zukommen.⁹⁷ Dieses Vorgehen hatte Genscher Skubiszewski bereits bei ihrem Gespräch am 24. März am Rande einer Sitzung des Europarats in Aussicht gestellt und ebenso den Vorschlag für trilaterale Gespräche von Bundesrepublik, der nach der Volkskammerwahl am 18. März nunmehr demokratisch legitimierten Regierung der DDR und Polens über die Grenzfrage, deren Ergebnisse dann in die Zwei-plus-Vier-Gespräche einfließen sollten. Dabei erschien ihm wichtig zu betonen, dass bei der Behandlung dieser Frage, „die für uns Deutsche schwer genug sei, die Würde des deutschen Volkes, die Freiheit seiner Entscheidungen gewahrt bleiben [müsse]. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß etwas unter Druck geschehe. Nur eine freie deutsche Entscheidung könne dauerhaft Frieden schaffen.“⁹⁸

Noch vor den Zwei-plus-Vier-Ministertreffen begannen diese trilateralen Gespräche auf Direktorenebene am 3. Mai 1990 in Warschau, gleichsam im Gefolge des Staatsbesuchs von Bundespräsident Richard von Weizsäcker.⁹⁹ Wie wichtig sie für Polen waren, zeigte sich nicht nur in der zeitweiligen Teilnahme von Außenminister Skubiszewski, sondern vor allem daran, dass Warschau schon Ende April beiden deutschen Staaten den ausgearbeiteten Entwurf eines Grenzvertrags unterbreitete, der die Gespräche stark präjudizierte.¹⁰⁰ Während die DDR, insbesondere deren neuer Außenminister Markus Meckel (SPD) als bekennender Freund Polens, Warschaws Forderung nach Ausarbeitung eines fertigen Vertragstexts unterstützte,¹⁰¹ war die bundesdeutsche Seite auch bei den beiden folgenden Runden am 18. und 29. Mai in Bonn bzw. Ost-Berlin lediglich zur Ausarbeitung von Vertragselementen bereit.¹⁰² Doch selbst diese hinhaltende Verhandlungsführung ging dem Bundeskanzler bereits zu weit. In einem Telefonat mit AA-Staatssekretär Sudhoff – Genscher weilte gerade in den USA – stellte Kohl am 25. Mai als „eine Frage der Richtlinienkompetenz“ klar, „daß Gespräche

96 Zum Beamtentreffen vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 210, S. 950–952; Lehmann (Hrsg.) Außenpolitik der DDR (wie Anm. 39), Dok. 69, S. 522–526; Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 73, S. 366–374; DBPO: German Unification (wie Anm. 29), Dok. 172, S. 341 f.; zum Ministertreffen AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 125, S. 533–541; Deutsche Einheit, Dok. 268, S. 1090–1094; Lehmann (Hrsg.): Außenpolitik, Dok. 97 und 98, S. 589–615, 615 f.; DBPO: German Unification, Dok. 196, S. 384 f.

97 Für das Schreiben vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 95, S. 470, Anm. 9.

98 Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 77, S. 382.

99 Vgl. ebd. Dok. 92, S. 453–458; AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 127, S. 544–546.

100 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 263/263A, S. 1069–1073.

101 Vgl. dazu Heike Amos: Polen, die Oder-Neiße-Grenze und der Zwei-plus-Vier-Prozess. In: Tim Geiger u. a. (Hrsg.): Zwei plus Vier. Die internationale Gründungsgeschichte der „Berliner Republik“. Berlin/Boston 2021 (i. E.).

102 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 149, S. 635–637; Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 104, S. 519–522.

mit Polen ‚nicht in Frage kämen‘. [...] Von den Polen lasse er sich nichts vorschreiben“, in Frage käme allenfalls eine knappe Resolution beider deutschen Parlamente.¹⁰³

Genscher verhinderte eine Verschiebung des bereits terminierten dritten Expertentreffens¹⁰⁴, was weiteres diplomatisches Porzellan zerschlagen hätte. Gegenüber Skubiszewski vertrat er jedoch am Rande eines KSZE-Treffens in Kopenhagen sehr loyal die Linie des Kanzlers: Eine Vertragsparaphierung vor der Einheit sei nicht möglich, betonte Genscher nun und revidierte damit seine frühere Position. Gleichwohl könne Polen unbesorgt sein angesichts der politischen Willenserklärung der beiden deutschen Parlamente, welche die Selbstverpflichtung zum Abschluss eines Grenzvertrags des vereinten Deutschlands mit Polen enthalte; diese Resolution würden sich die Regierungen in Bonn und Berlin offiziell zu eigen machen, um die größte Verbindlichkeit herzustellen, die vor der Vereinigung möglich sei. Als zusätzliche Absicherung würden alle Grundgesetz-Artikel gestrichen, die bislang Fragen der Vereinigung regelten.¹⁰⁵ Am 21. Juni 1990 verabschiedeten sowohl die Volkskammer als auch der Bundestag – dort gegen wenige Stimmen der CDU/CSU – entsprechende Erklärungen.¹⁰⁶ Die angekündigte Notifizierung durch die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin erfolgte am Tag darauf.¹⁰⁷ Gleichzeitig einigten sich die Minister bei ihrem zweiten Zwei-plus-Vier-Treffen in Berlin weitgehend auf das von den Politischen Direktoren erarbeitete Grenzpapier, das – als künftiger Artikel 1 des Zwei-plus-Vier-Vertrags – ebenfalls die bestehende polnische Westgrenze bestätigte und absicherte. Allerdings waren sich alle Beteiligten einig, dass Polen keinesfalls vor ein „fait accompli“ gestellt werden dürfe und beim nächsten Ministertreffen Gelegenheit zur Stellungnahme haben müsse.¹⁰⁸

Zur Verärgerung der Bundesregierung war dies Warschau jedoch noch längst nicht genug. Die Regierung Mazowiecki wertete die Parlamentsentschlüsse primär als – durchaus nützliche – Etappe zum weiter schnellstmöglich anzustrebenden Grenzvertrag; von diesem sollte sogar das Inkrafttreten der „abschließenden Regelung in Bezug auf Deutschland“ mit den Vier Mächten, also die Souveränität Deutschlands, abhängig gemacht werden. Zudem forderte Warschau, da für den endgültigen Territorialverzicht

103 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 103, S. 517 f.

104 Dies hatten die AA-Beamten nach Kohls Intervention empfohlen, vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 157, S. 661.

105 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 169, S. 709–712.

106 Vgl. Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/7465, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/074/1107465.pdf>; Lehmann (Hrsg.): Außenpolitik (wie Anm. 39), Dok. 161, S. 746 f. Zur Reaktion Außenminister Skubiszewskis vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 120, S. 586.

107 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 120, S. 585–587.

108 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok 325/325A, S. 1249–1251.

Deutschlands ein Friedensvertrag notwendig sei, müsse im Zwei-plus-Vier-Vertrag die Grenzregelung als Teil einer Friedensregelung in Europa bezeichnet werden; der Bundesrepublik dagegen lag daran, jeden Anklang an einen Friedensvertrag zu vermeiden, um die Pandora-Büchse möglicher Reparationsforderungen geschlossen zu halten. Drittens verlangte Warschau, über die von Bonn bereits zugesagten Änderungen des Grundgesetzes hinaus zusätzlich Korrekturen innerstaatlichen Rechts wie des Staatsbürgerrechts, um Kollisionen mit dem endgültigen Charakter der Grenze auszuschließen.¹⁰⁹

Mit diesen auch beim sechsten Zwei-plus-Vier-Beamtentreffen am 4. Juli erhobenen Forderungen überspannte Warschau den Bogen. Selbst der gegenüber polnischen Sorgen so verständnisvolle Genscher reagierte ablehnend; sein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 15. Juli beim UdSSR-Besuch mit dem Kanzler (jenem „Strickjacket-Gipfel“, der final das sowjetische Ja zu einem wiedervereinigten Deutschland in der NATO brachte), war ausschließlich der polnischen Thematik gewidmet.¹¹⁰

Endgültig gelöst wurde die Grenzfrage bei dem um den polnischen Außenminister erweiterten dritten Zwei-plus-Vier-Ministergespräch am 17. Juli in Paris. Genscher erwirkte eine Erklärung der Vier Mächte, dass auch in Zukunft ein Friedensvertrag nicht mehr in Aussicht genommen sei. Polen verzichtete auf sein Junktim zwischen Grenzvertrag und deutscher Souveränität, im Gegenzug bekräftigte Genscher, der Grenzvertrag werde „innerhalb kürzestmöglicher Zeit nach der Vereinigung Deutschlands“ unterzeichnet werden.¹¹¹ Damit korrigierte der Außenminister den Kanzler, der kurz zuvor lediglich angekündigt hatte, Warschau binnen drei Monaten nach Zusammentritt eines gesamtdeutschen Parlaments den Entwurf eines Grenzvertrags zuzuleiten.¹¹² Ganz auf Kohls Linie lag Genscher freilich mit seiner Unterstützung für dessen Erklärung, zusätzlich einen mehr in die gemeinsame Zukunft gerichteten umfassenden Nachbarschaftsvertrag mit Polen anzustreben, in dem auch die Rechte der deutschen Minderheit dauerhaft abgesichert werden sollten.¹¹³

109 Vgl. ebd., Dok. 339, Anm. 7, S. 1294, bzw. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 218, Anm. 4, S. 914.

110 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 218, S. 914–917.

111 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 354–354B, S. 1367–1370, bzw. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 224, S. 954–967; Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 845 f.; Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 130, S. 615–620; für Genschers Erklärung in der Nachmittagssitzung (dort das Zitat) vgl. https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/130d.pdf.

112 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 349, S. 1339; Ritter: Genscher (wie Anm. 1), S. 165.

113 Vgl. dazu Genschers Erklärung in der Nachmittagssitzung des Zwei-plus-Vier-Ministertreffens in Paris, 17.7.1990, https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/130d.pdf

Obschon Verhandlungen über beide Verträge Ende Oktober in Warschau begannen,¹¹⁴ gab es noch keinen Termin für die Unterzeichnung des Grenzvertrags, dessen Text an sich schon weitgehend feststand. Bei ihrem durchaus kontroversen Treffen am 8. November 1990 in Frankfurt/Oder fassten Kohl und Mazowiecki eine zeitnahe Unterzeichnung ins Auge. Diese erfolgte keine Woche später in Warschau, allerdings allein durch die beiden Außenminister. Mit Blick auf diesen gerade für Vertriebene und deren Nachkommen so schwierigen Schritt hatte sich Genscher, dessen Ehefrau selbst aus Schlesien stammte, eine protokollarisch schlichte Zeremonie ausbedungen.¹¹⁵ In seiner Ansprache paraphrasierte er nicht nur Willy Brandts Fernsehansprache nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrags 1970, dass mit diesem Abkommen nichts verloren gehe, was nicht längst durch Hitlers verbrecherischen Krieg verspielt worden sei. Genscher betonte „die freie Entscheidung der Deutschen“ zu diesem Schritt, der „uns von niemandem aufgezwungen worden“ sei. „Weil die Grenze jetzt sicher ist, setzt sie dem Mißtrauen ein Ende. Nun können sich Menschen, Polen und Deutsche, neu begegnen. [...] Eine Grenze, die nicht in Frage gestellt wird, trennt nicht, sie eint.“ Mehrfach unterstrich er den Versöhnungsaspekt, der den Grenzvertrag zu einem „Kernstück der europäischen Friedensordnung“ mache, der „nicht der wechselseitigen Abgrenzung dient, sondern der beiderseitigen Öffnung hin zu europäischen Gemeinsamkeiten. Die völkerrechtliche verbindliche Bestätigung dieser Grenze ist ein entscheidender Beitrag zur Perspektive eines grenzenlosen Europas.“¹¹⁶

Diesem Ansinnen diene im Weiteren nicht allein der am 17. Juni 1991 nun auch von den Regierungschefs in Bonn unterzeichnete Vertrag „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“, der bereits die Perspektive einer künftigen EG-Mitgliedschaft Polens formulierte.¹¹⁷ Genscher griff darüber hinaus Anregungen seiner Diplomaten auf, jedem Wiederaufleben einer historischen „gegen deutsche Interessen gerichteten Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Polen“, wie sie in Ansätzen während der deutschen Einigung spürbar geworden sei, vorzubeugen, indem die unverzichtbare bilaterale Zusammenarbeit mit den beiden größten Nachbarn in

f. Kohl im Bundestag, 21.6.1990, Stenographische Berichte, 11. WP, S. 17146; Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 349, S. 1339. Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 352, S. 1456–1461.

114 Vgl. dazu AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 352, Anm. 12, S. 1458.

115 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 891.

116 Rede Genschers am 14.11.1990 in Warschau. In: Außenpolitik der Bundesrepublik. Dokumente von 1949 bis 1994. Hrsg. vom Auswärtigen Amt. Köln 1995, Dok. 249.2, S. 745–749, Zitate S. 748 f.

117 Für den Vertrag vgl. ebd., Dok. 264, S. 800–810. Infolge des Ratifizierungsverfahrens traten Nachbarschafts- wie Grenzvertrag gleichzeitig am 16.1.1992 in Kraft; insofern erfüllte sich Bundeskanzler Kohls Drängen auf Parallelität der Abkommen am Ende doch noch.

europäischer Perspektive zu einer trilateralen Abstimmung gebündelt werden sollte.¹¹⁸ Dies war die Geburtsstunde des „Weimarer Dreiecks“ aus Deutschland, Frankreich und Polen, jenes nach dem Ort des ersten gemeinsamen Treffens Genschers mit seinen Kollegen Dumas und Skubiszewski benannten Konsultationsformats,¹¹⁹ das noch für einige Jahre nach Genschers Abtritt als Außenminister einen zukunftsweisenden Brückenschlag zwischen den Kernländern des alten Westeuropa und dem demokratisch erneuerten Mittelosteuropa versprach.

Im deutsch-polnischen Versöhnungsprozess hat Genscher also nachhaltige Spuren hinterlassen, insbesondere mit seiner konsequent frühen und über jeden Zweifel erhabenen Absage an jegliche nachträgliche Korrektur der bestehenden territorialen Realitäten.¹²⁰

118 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 337, S. 1402 f.

119 Vgl. dazu Deklaration von Weimar, 29.8.1991. In: Außenpolitik (wie Anm. 116), Dok. 267, S. 816 f.

120 Der zweite Teil dieses Beitrags mit den Abschnitten IV (Abrüstung als Beitrag zur deutschen Einheit) und V (Die KSZE als „goldene Brücke“ zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem) erscheint im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 34 (2022).

